

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



freitag, 28. april 1972

blatt 1044

wieder rundfahrten 'neues wien'

4 wien, 28.4. (rk) vom 3. mai bis zum 29. september laeuft heuer das rundfahrtenprogramm der stadt wien. in zwei routen (route 1 jeden montag, route 2 jeden mittwoch, feiertage natuerlich ausgenommen) werden die markanten punkte des neuen wien befahren und dem teilnehmer durch erlaeuterungen nahegebracht. bei einer solchen fahrt ist es moeglich, die arbeit einer stadtverwaltung waehrend eines vierteljahrhunderts an hervorragenden beispielen zu studieren.

die route 1 fuehrt in den sueden wiens mit dem grossmarkt inzersdorf, der per albin hansson-siedlung, der wig 74, der hauptklaeranlage und dem hallenstadion. die route 2 erstreckt sich ueber das allgemeine krankenhaus, das fernwaermewerk spittelau und das neue dianabad.

daneben gibt es wie im vorjahr die fuehrung 'u-bahn-bau aktuell', die heuer ausgebaut wurde. wenn es der bauzustand erlaubt, wird auch die baustelle selbst besichtigt. diese fuehrung ist gratis, der teilnehmerpreis fuer die rundfahrten betraegt 20 schilling.

die abfahrten fuer die rundfahrten: jeweils 13.30 uhr vom rathaus, friedrich schmidt -platz. 'u-bahn-bau aktuell' beginnt jeden freitag (ausgenommen feiertage) in der baukanzlei im ressel-park **jeweils um 14 Uhr.** vorverkauf fuer rundfahrten 14 tage im voraus, rathausinformation, rathaus, schmidthalle, montag bis freitag 8 bis 16 uhr, telefon 42 800/2760 (durchwahl).

1003

## 80. geburtstag von norbert sprongl

2 wien, 28.4. (rk) am 30. april vollendet prof. norbert  
s p r o n g l das 80. lebensjahr.

er wurde 1892 in ober-markersdorf in niederoesterreich geboren. seine jugendzeit verlebte er in der oststeiermark und im burgenland, wo er in st. michael die volksschule besuchte. nach absolvierung der grazer lehrerbildungsanstalt wurde er 1915 zum kriegsdienst eingezogen. 1918 kehrte er heim, machte sich in wien ansaessig und wirkte hier in ununterbrochener folge bis 1945 als volksschullehrer. seither lebt sprongl, der 1956 mit dem professortitel ausgezeichnet wurde, in moedling. er ist mitglied der akm, vorstandsmitglied der oegzm und ehrenmitglied der wiener mozart-gemeinde. abgesehen von seiner musikalischen grundausbildung begann sprongl erst verhaeltnismaessig spaet sich intensiv der musik zu widmen. neben seiner beruflichen taetigkeit besuchte er von 1925 bis 1933 die wiener musikakademie. sein theorielehrer war dr. joseph marx. seither hat er mit unbeirrbarem fleiss und grossem koennen komposition an komposition gereicht und darf unter den lebenden oesterreichischen komponisten wohl mit recht als einer der fruchtbarsten gelten. jedes werk ist durch die sorgfaeltige harmonische und formale durcharbeitung gekennzeichnet. sprongl macht sich sein schaffen nicht leicht, indem er versucht, eine auf der tradition fussende funktionstonale stimmungsfuehrung mit den kuenstlerischen erfordernissen des 20. jahrhunderts zu verbinden. er ist in erster linie instrumentalkomponist und schuf sein bestes einerseits in konzertanten orchesterwerken, andererseits auf dem gebiete der kammermusik, die er unter liebevoller beruecksichtigung von ansonsten oft vernachlaessigten instrumenten um zahlreiche originelle werke bereicherte.

0955

s p e r r f r i s t 18.30 u h r

wiener wassersituation:

vorsichtiger optimismus  
prognose fuer sommer mit fragezeichen

1 wien, 28.4. (rk) in einem **fenseh**interview fuer den orf umriss stadtbaudirektor prof. dipl.-ing. dr. rudolf k o l l e r die aktuelle wasserversorgungssituation in wien. die starken regenfaelle der letzten tage waren zweifellos vorteilhaft. es herrscht derzeit kein mangel und alle behaelter mit einer gesamt-kapazitaet von 1,18 milliarden liter sind gefuellt. in ganz mittel-europa ist langfristig mit einer grundwasseranreicherung zu rechnen.

die prognose fuer den sommer muss allerdings mit einem fragezeichen versehen werden. es fehlt die massive schneedecke in den hochquellengebieten, die normalerweise langsam bis zum juni schmilzt und damit der quellschuetzung zugute kommt. die viel zu geringen schneemengen des heurigen winters sind bereits abgeschmolzen oder wurden jetzt durch die starken regenfaelle weggespuelt. andererseits kommt es erfahrungsgemaess im juni zum ersten spitzenverbrauch an wasser. bei zu geringen niederschlaegen koennen neuerliche versorgungseingepaesse in dieser zeit durchaus moeglich sein.

wahrend der pegelstand der donau bei der reichsbruecke im februar und maerz lange zeit konstant bei der ein-meter-marke blieb und damit auch der grundwasserspiegel staendig tiefer sank, liegt der pegelstand seit wenigen tagen wieder ueber drei meter. an wochentagen betraegt der durchschnittsverbrauch in wien derzeit 500 millionen liter, waehrend quellschuetzung und grundwasserlieferung um etliche millionen liter darueber liegen. weil das speichervermoegen der bergmassive begrenzt ist, sind uebrigens allzu starke regenfaelle auch nicht vorteilhaft, da sie ungenutzt abfliessen muessen.

'abkehren' bei den hochquellenleitungen

die guenstige wassersituation wird von den wasserwerken derzeit benuetzt, um dringende reparaturen, die sogenannten

./.

abkehren, in den hochquellenleitungen vorzunehmen. die reserven in den behaeltern gestatten es naemlich, eine hochquellenleitung zwei bis drei tage lang zu sperren, um in konzentriertem einsatz sanierungsarbeiten durchzufuehren. der voruebergewende abgang in den speichern kann innerhalb von drei tagen wieder ergaenzt werden. auf diese weise wurden in letzter zeit bei der zweiten hochquellenleitung reparaturen durchgefuehrt. die erste hochquellenleitung ist derzeit in arbeit.

0939

marktuebersicht:

der erste neusiedler salat

3 wien, 28.4. (rk) seit einigen tagen ist der wiener markt mit neusiedler salat beschickt. das buergenland signalisiert jedes jahr den beginn der billigen salatzeit. tatsaechlich ist der neusiedler salat vom ersten moment an im preis sinkend, der glassalat muss diese entwicklung mitmachen.

sinkende preise auch bei auslandsware: paradeiser aus bulgarien und rumaenien werden billiger ebenso kochsalat und karotten aus italien. auch die italienischen fruehkartoffeln sinken im preis.

beim obst wird die ware aus italien, frankreich, ungar und uebersee reichlich geliefert und zu konstanten preisen gehandelt. die ersten italienischen kirschen sind schon auf dem markt.

eier, gefluegel und fische: keine wesentlichen preisaenderungen, lediglich goldbarschilet notiert etwas hoeher als vor einer woche.

0956

Die Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche:Einengung des Neubaugürtels

Wien, 28. 4. (RK) Am Dienstag kommender Woche beginnen die Wasserwerke mit Rohrverlegungsarbeiten im Neubaugürtel zwischen Stollgasse und dem Hesser-Denkmal. Dies wird zu einer Einengung der Gürtelfahrbahn auf zwei Fahrspuren führen. Die Arbeiten sollen jedoch in den Verkehrsspitzen am Morgen und Nachmittag nicht durchgeführt werden, um die Behinderungen zu vermindern. Die Rohrverlegung wird mindestens einen Monat Zeit in Anspruch nehmen.

Auch der Handelskai wird zwischen der letzten unbenannten Gasse und der Ostbahnbrücke ab 2. Mai für rund zwei Wochen wegen Erneuerung der Straßendecke auf eine Fahrspur eingeengt. Der Verkehr wird mit Hilfe einer Lichtsignalanlage durchgeschleust.

Im Kreuzungsbereich Rennweg - Landstraßer Hauptstraße werden beginnend in der Nacht von 2. auf 3. Mai zehn Nächte lang - zwischen 22 und 6 Uhr - Gleisarbeiten der Wiener Verkehrsbetriebe durchgeführt, die zu einer Behinderung des Verkehrs führen werden.

Auch die Gaswerke werden an zwei Nächten in der kommenden Woche arbeiten, und zwar an einer Querung der Simmeringer Hauptstraße im Bereich der Thürlhofstraße. Während der Arbeiten wird die Simmeringer Hauptstraße auf eine Fahrspur eingeengt.

Papiergroßhändler tagen in Wien  
=====

Wien, 28.4. (RK) In Wien findet derzeit der Jahreskongreß der Eugropa statt, der europäischen Union der Papier- und Pappgroßhändler. Die Eugropa wurde 1957 als Vereinigung der EWG-Staaten gegründet und hat ihren Sitz in Brüssel. Ihre Aufgabe ist es, den Kontakt in Fragen der technischen und der konjunkturellen Entwicklung zu pflegen und die Vereinheitlichung der Produktion im europäischen Raum vorzubereiten. Seit 1962 dauern die Bemühungen an, die Eugropa über den EWG-Raum auszudehnen, im vergangenen Jahr wurden Österreich, England, Spanien und die Schweiz als Mitglieder aufgenommen. Es wurde beschlossen, den ersten Jahreskongreß der erweiterten Eugropa heuer in Wien abzuhalten. 120 Experten nehmen daran teil. Sie kamen Freitag Mittag ins Wiener Rathaus, wo sie von Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig namens der Stadtverwaltung begrüßt wurden.

- - -

Akupunktur als therapeutische Maßnahme bei Krebsbehandlungen  
=====

Wien, 28.4. (RK) Der Leiter der Sonderabteilung für Strahlentherapie im Krankenhaus Lainz, Primarius Dr. Gerhart Alth, und der gleichfalls in dieser Abteilung tätige Oberarzt Dr. Gerhard Müller berichteten Freitag Vormittag Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück über einen neuen und erfolgreichen Versuch, die Akupunktur als Behandlungsmethode in ihrem Fach anzuwenden. Die beiden Ärzte bedienen sich der Akupunkturmethode bei solchen meist krebserkrankten Patienten, die in der Sonderabteilung einer entsprechenden Strahlentherapie unterzogen werden. Zum Arbeitsbereich der Strahlentherapie gehört unter anderem auch das Einlegen von Radiumplättchen an jenen Stellen, wo vor der Operation eine Krebsgeschwulst war oder dort, wo mit Hilfe des Plättchens das Carzinom in Schranken gehalten werden soll. Dies geschieht vor allem bei gynäkologischen Carzinomen oder bösartigen Tumoren im Hals-, Zungen- und Kopfbereich.

Unter oft großen Schmerzen leiden die in Behandlung oder Nachbehandlung stehenden Patienten. Seit rund einem Monat unternimmt Oberarzt Dr. Müller Versuche, bei dieser Patientengruppe die Akupunktur zur Schmerzlinderung einzusetzen. Derzeit stehen sieben Patienten in täglicher Behandlung und sie alle weisen verblüffende Erfolge auf, die nach Aussage des leitenden Primarius wie des behandelnden Oberarztes zwar sichtbar zu verfolgen, aber medizinisch nicht zu erklären sind. Bis zu Beginn der Akupunkturbehandlung verwendete schmerzlindernde Injektionen (wie etwa die Verabreichung von Morphinderivaten) erübrigen sich, weil die Schmerzlosigkeit nach der Akupunkturbehandlung rund 24 Stunden anhält. Die Patienten lassen die vorgesehenen kleinen täglichen Eingriffe ohne Widerspruch durchführen, da sie ohne Auslösung von Schmerzen durchgeführt werden.

Gesundheitsstadtrat Dr. Glück erklärte sich damit einverstanden, daß noch weitere Ärzte der Sonderabteilung für Strahlentherapie Lainz sich einer Akupunktur-Ausbildung bei Dr. Bischof unterziehen und die bisher ungewohnte Form der Analgesie bei allen jenen Patienten angewendet wird, wo sie von Primarius Dr. Alth als angebracht betrachtet wird.

## Wiener Landtag

=====

Wien, 28.4. (RK) Vorsitz: Erster Präsident Dr. Stemmer. Von der DFP lagen vier Anfragen vor, darunter eine dringliche. Die Tagesordnung enthielt nur einen Punkt, nämlich einen Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses, über den Abg. Bednar (SPÖ) referierte. Der Antrag betraf die Bestätigung des Abg. Dkfm. Dr. Heinz Wöber als Geschäftsführer der Dr. Heinz Wöber Wirtschaftstreuhand Ges.mbH.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zur dringlichen Anfrage sprach Abg. Joachim Müller (DFP) und stellte fest, daß viele Akten, die als Arbeitsunterlagen vorgesehen sind, nicht dem § 21 der Wiener Verfassung entsprechen, da sie nur aus dem Antrag bestehen und keine erklärenden Beilagen enthalten.

Der Anfrage wurde die Dringlichkeit nicht zuerkannt, die Antwort wird schriftlich erfolgen. (Schluß.)

- - -

## Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 28.4. (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Felix Slavik trat der Wiener Gemeinderat Freitag zu einer Geschäfts-sitzung zusammen. Neun Anfragen der DFP lagen vor (davon eine dringliche zum Thema der Geschäftsordnung des Gemeinderates), fünf Anfragen der FPÖ (davon eine dringliche hinsichtlich eines Betriebes in der Per Albin Hansson-Siedlung), zwei Anfragen der ÖVP (davon eine dringliche über die Berichterstattung in der "Rathaus-Korrespondenz").

Die vorliegenden Anträge wurden an die zuständigen Gemeindevorstandsausschüsse verwiesen: ein SPÖ-Antrag auf Erstellung eines Gesundheitskonzeptes für Wien, zwei Anträge der FPÖ (davon einer über die Berichterstattung der "Rathaus-Korrespondenz"), zwei der DFP (davon einer über die Erstellung eines Seuchenplanes), zwei Anträge der ÖVP (davon einer über die Errichtung von Fahrbahnen über Baustellen).

Zu neuen Mitgliedern des Verwaltungsausschusses der Zentral-sparkasse der Gemeinde Wien wurden GR. Dr. Erich Ebert und Dkfm. Dr. Romuald Riedl gewählt.

Umwidmung

Danach behandelte der Gemeinderat die Umwidmung eines Teilgebietes an der Ostbahn in den Bezirken Favoriten und Simmering. Dieses Areal wird für den Bau der Autostraße Wien-Eisenstadt und ihre Verknüpfung mit der Südautobahn benötigt.

GR. Hermine Fiala (SPÖ) begründete als Berichterstatterin den Antrag unter anderem mit der Feststellung, die geplante Straße sei nicht nur sehr wichtig für die aus dem Burgenland nach Wien einpendelnden Arbeitskräfte, sondern auch für die Wiener, die im Burgenland erfahrungsgemäß zahlreich Erholung suchen. Dazu komme noch das Fehlen einer direkten Eisenbahn-Verbindung zwischen Wien und der burgenländischen Landeshauptstadt.

GR. Dr. Tuma (DFP) verwies auf den Umstand, daß sich ja alle Fraktionen des Gemeinderates schon wiederholt positiv zu dem Straßenprojekt geäußert hätten. Unbefriedigend sei nur nach wie vor die Lösung der Entschädigungsfrage bei den nötigen Enteignungen. 50 Einsprüche lägen im gegenständlichen Fall vor, die Probleme der Entschädigung müßten in sozialem Geiste gelöst werden.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) stellte zunächst fest, daß das Planungsvorhaben das Lebenswerk vieler Familien - 47 Einwendungen wurden vorgebracht - gefährde und daher gewissenhaft geprüft werden müsse.

Der Redner stellte die Notwendigkeit der Trassenführung bis tief in die Stadt hinein überhaupt in Frage. Er bemängelte außerdem ein Umweltschutzgutachten und Untersuchungen über Alternativlösungen, etwa zur Abfahrt Bitterlichstraße. Deshalb könne er dem Antrag nicht zustimmen.

GR. Dr. Mayr (ÖVP) hob hervor, daß bei dem Projekt der ÖVP-Antrag von 1970, die Trasse der SO-Autobahn möglichst an die Bahntrasse anzubinden, berücksichtigt werde. Diese Autobahn habe nicht nur eine Verbindungsfunktion zum Ramm Eisenstadt, sondern stelle auch eine hochwertige innerstädtische Verkehrsader dar. Daher könne auch nicht auf den Anschluß Bitterlichstraße verzichtet werden. Das Autobahnprojekt und der Bau der B 252 seien sachlich gerechtfertigt. Da zudem der Fachbeirat für Stadtplanung, in dem ein unabhängiger Volkshygieniker sitze, zugestimmt habe, ziehe das Argument von den fehlenden Gutachten nicht.

Dr. Mayr brachte dann einen Antrag ein, in dem er die Berücksichtigung aller technischen und natürlichen Maßnahmen zum Schutz der verbleibenden Siedler, gleichwertige Ablösen, vor allem aufgeschlossenes Bauland für die von der Absiedlung Betroffenen und gleichwertige Ersatzanlagen für die dem Projekt zum Opfer fallenden Gartenkolonien forderte.

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) verwies auf die Entlastungsfunktion eines leistungsfähigen Städtautobahnnetzes, wodurch die Wohnverhältnisse in bisher vom Verkehr stark belasteten Stadtteilen wesentlich verbessert werden. Die Stadtplanung habe mehrere Varianten ausgearbeitet und alle Einsprüche untersucht. Das

vorgelegte Projekt sei die optimale Variante, vor allem, wenn man berücksichtigt, daß es einem Großteil der Bevölkerung Vorteile bringe. Die SO-Autobahn sei auch nicht als "Vergnügungsautobahn" für den Bäderverkehr zu betrachten, sondern erfülle eine wichtige wirtschaftliche Funktion.

Durch ihre Entlastungsfunktion sei die Autobahn an sich ein Beitrag zum Umweltschutz. Für die verbleibenden Anrainer werden jedoch die Tieferlegung der Trasse (zwei bis sieben Meter) und durch schallschützende Bepflanzungen weitgehende Umweltverbesserungen getroffen.

Die Nachteile für die Abgesiedelten müßten selbstverständlich abgegolten werden: Daher sei ein eigenes Siedlungsprogramm, das Absiedlungsbeihilfen und langfristige Kredite vorsieht, ausgearbeitet worden. Die ersten Grundstücke dafür sind bereits ausgesucht, im kommenden Jahr können die ersten konkreten Projekte vorgelegt werden.

Im Schlußwort verwies GR. Hermine Fiala (SPÖ) unter anderem darauf, daß die Notwendigkeit der Trasse wissenschaftlich nachgewiesen sei. Hinsichtlich Lärmaufkommen sei eine Autobahn günstiger als enge Stadtstraßen, durch die sich der Verkehr mit vielen Bremsmanövern quälen müsse.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und DFP angenommen. Der ÖVP-Antrag wurde einstimmig zugewiesen.

#### Unterführung

GR. Gratzl (SPÖ) beantragte die Mittel für die Projektierung der Unterführung der Budapester Bundesstraße unter der Donauländebahn und für die Eisenbahnbrücke über die Dreherstraße, insgesamt 1,304.000 Schilling.

GR. Peska (SPÖ) unterstrich die Bedeutung dieser Vorhaben, die seit vielen Jahren in Diskussion stehen. Im Wiener Memorandum, das im April 1967 dem damaligen Bundeskanzler Dr. Klaus übergeben wurde, ist bereits auf die Dringlichkeit hingewiesen worden. Etwa dreißigmal im Tag geht an der Grenze zwischen Wien und Schwechat der Bahnschranken nieder und blockiert den Verkehr. 1967 erfolgte eine Zusage des damaligen Bautenministers Dr. Kotzina, daß die Unterführung bald gebaut werde. Die Stadt Wien erklärte sich 1968 zur Vorfinanzierung der Arbeiten bereit - aber Dr. Kotzina zog seine Zusage plötzlich zurück und verwies darauf, daß eine Flughafenautobahn gebaut werde. Mit der

sozialistischen Regierung konnten nun dank der guten Zusammenarbeit die Hindernisse aus dem Weg geräumt werden. Früher war die Straße auf niederösterreichischer Seite Bundesstraße, auf der Wiener Seite Gemeindestraße. Seit vorigem Jahr ist sie auf beiden Seiten Bundesstraße, sodaß auch der Bund die gesamten Kosten für die Bauten übernehmen wird.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

#### Stadtforschung

GR. Ascherl (SPÖ) beantragte, dem Institut für Stadtforschung für heuer einen Mitgliedsbeitrag von einer Million und eine Subvention von drei Millionen Schilling zu gewähren. Als einziger Debattenredner wies GR. Wiesinger (SPÖ) auf die wichtigen Arbeiten des Institutes für die Entwicklung Wiens hin. Das Institut vergebe Forschungsaufträge und führe zudem auch eigene Arbeiten durch, die als wichtige Entscheidungshilfe für die Stadtverwaltung gewertet werden müßten.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

#### Filmförderung

Nach einer überaus lebhaften und häufig von Zwischenrufen und der Glocke des Vorsitzenden unterbrochenen Debatte genehmigte der Gemeinderat mit den Stimmen der SPÖ die Gewährung eines Förderungsbeitrages von einer Million Schilling an Dietmar Schönherr zur Herstellung seines Filmprojektes "Kain". Als Berichterstatterin hatte GR. Karoline Pluskal (SPÖ) darauf hingewiesen, daß künstlerisch wertvolle Spielfilme ohne Subvention nicht produziert werden könnten und ausgeführt, daß von den voraussichtlichen Gesamtkosten des Films von sieben Millionen Schilling die Hälfte das österreichische Fernsehen übernehme, zwei Millionen Schilling das Ministerium für Unterricht und Kunst beisteuere, 500.000 Schilling Dietmar Schönherr zahle und die Stadt Wien schließlich eine Million Schilling an Subvention gewähre.

In der Debatte kritisierte GR. Müller (DFP), daß im Akt kein Ansuchen Schönherrs zur Gewährung der Subvention enthalten sei. Trotz des seiner Meinung nach bedenklichen Niveaus der Schönherr-Sendung "Wünsch Dir was" hätten dem Genossen Schönherr,

der offenbar kein eigenes Geld habe, die Genossen im Fernsehen, im Unterrichtsministerium und in der Stadt Wien geholfen.

GR. Prof. Wolfram (FPÖ) meinte, Schönherr habe sich etwas gewünscht und die ansonsten gar nicht gebefreudige Gemeinde Wien erfülle diesen Wunsch, obwohl die im Akt enthaltenen Unterlagen mehr als dürftig seien. Wenn man seine überaus geschmacklose Fernsehsendung zum Maßstab nehme, sei anzunehmen, daß Schönherr mit seinem Film wieder die Bevölkerung frozeln und provozieren wolle. Es sei zudem unzumutbar, einem Spitzenverdiener eine Million Schilling zu schenken. Wenn die SPÖ Schönherr für seine Wahlhilfen danken wolle, so solle sie dies mit Parteigeldern tun. Die Stadt Wien hingegen sollte diese Million Schilling lieber den steirischen Hochwasseropfern widmen.

Als letzter Debattenredner erklärte Prof. Zörner (ÖVP), es komme offenkundig bei der Subventionsvergabe auf die richtigen Beziehungen an. Sonst sei es nicht zu erklären, daß etwa die Viennale mit 870.000 Schilling unterstützt werde, Schönherr aber eine Million Schilling erhalten solle. Der Schauspieler sei zudem bisher als Regisseur nur bei einem einzigen, allerdings verunglückten Experiment hervorgetreten. Auch im Parlament sei vor wenigen Tagen erklärt worden, die Subvention durch das Unterrichtsministerium erfolge als Dankbarkeit für Schönherr's Wahlhilfe und verstoße zudem gegen die vom Ministerium selbst aufgestellten Richtlinien bei der Subventionsvergabe.

Zörner wollte wissen, ob es denn in Wien auch Richtlinien gäbe. Seiner Meinung nach wäre es besser, dieses Geld zur Förderung anderer, ansonsten stiefmütterlich behandelter Künstler aufzuwenden. Er stellte zudem die Frage, warum denn Schönherr sich keine Kredite beschafft habe und warum er für diesen Film eine eigene Produktionsgesellschaft namens "Mirage" gegründet habe, bei der Schönherr und seine Frau Vivi Bach Hauptgesellschafter seien. Diese Gesellschaft würde dann einen allfälligen Gewinn aus dem Film einstreifen, der mit Hilfe öffentlicher Gelder produziert worden sei. Obwohl Schönherr mit den Dreharbeiten bereits begonnen habe, verfüge seine Produktionsgesellschaft noch nicht über eine entsprechende Konzession.

In ihrem Schlußwort erklärte GR. Pluskal, daß die Zahlung der Subvention vom Nachweis des ordnungsgemäßen Zustandekommens des Films abhängt. Es liege zudem selbstverständlich ein mündliches Ansuchen Schönherrns vor, da ja monatelange Verhandlungen um dieses Filmprojekt geführt werden seien. Sie wundere sich überdies, daß ansonsten immer nach einer Förderung des österreichischen Films gerufen, im konkreten Fall aber dagegen polemisiert werde. Selbstverständlich sei ein Drehbuch für den Film im Kulturstadamt vorhanden, und ihrer Meinung nach verspreche der Film, ein Streifen mit hohem Niveau zu werden. Sie wünsche sich zudem, fuhr Frau Pluskal fort, daß über eine Gemeinderatssitzung einmal soviel geredet und diskutiert werde, wie über Schönherrns TV-Sendung.

Auch der Film "Kain" werde voraussichtlich die Menschen zum Reden und Nachdenken bringen. Das Filmprojekt sei durch die Berliner Mauer angeregt worden und will eine geteilte Welt mit unmenschlichen Systemen zeigen. Die Gegensätze sollen durch braune und blaue Filter herausgearbeitet werden. Sie könne versichern, meinte die Referentin, daß in dem Drehbuch nicht eine Zeile sozialistischer Propaganda enthalten sei, es sei denn, man werte die humane Gesinnung als Wesenszug des Sozialismus. Auch in Wien gebe es natürlich Richtlinien bei der Vergabe von Subventionen und was die Frage nach dem Nutznießer eines allfälligen Gewinnes angehe, so erwarte man von diesem Film keinen Gewinn.

Abschließend erklärte Frau Pluskal, daß Dietmar Schönherr politisch engagiert sei, aber daß weder ihm noch einem anderen Künstler oder sonst einem Österreicher aus seiner politischen Überzeugung und seinem Engagement ein Nachteil erwachsen dürfe.

#### Sievering

GR. Hofstetter (SPÖ) berichtete über einen Antrag zur Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein großes Areal in Ober- und Unter-Sievering. Die Umwidmung sei deswegen notwendig geworden, weil die private Grund- und Bodenspekulation in diesem Gebiet unerträgliche Ausmaße angenommen habe. Leiterartigen Verbauungen seien vor allem in der letzten Zeit viele ehemalige Weingärten zum Opfer gefallen. Die Abänderung verhindere nun einerseits eine weitere Verdichtung in diesem historischen Vorort Wiens und beziehe andererseits die ehemaligen Weingärten in den Wald- und Wiesengürtel ein. ./.

GR. Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) kritisierte, daß diese Änderung um Jahre, wenn nicht gar um Jahrzehnte zu spät komme. Die Verschandelung Sieverings, an der die Stadtverwaltung selbst sehr großen Anteil habe, sei so weit fortgeschritten, daß ihm diese Maßnahme wie ein Kampf gegen Windmühlen vorkomme. Verschiedene Gemeindebauten in Sievering seien seiner Meinung nach nur deswegen errichtet worden, um im 19. Bezirk eine sozialistische Mehrheit - und damit den sozialistischen Bezirksvorsteher - sicherzustellen.

GR. Hofstetter wies diesen Vorwurf in seinem Schlußwort mit der Feststellung zurück, daß es in Döbling seit dem Jahre 1919 sozialistische Bezirksvorsteher gebe und schon aus diesem Grund derartige Überlegungen keine Rolle gespielt haben können. Die Änderung verhindere vor allem eine weitere Verbauung des Weingartengebietes und die unerwünschte weitere Verdichtung dieses Vorortes.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

#### Mietvertrag

GR. Lehner (ÖVP) behandelte den Abschluß eines Mietvertrages zwischen der Stadt Wien und der Wohn- und Siedlungsgenossenschaft "Familie". Diese Genossenschaft stellt der Gemeinde Räumlichkeiten für ein Kindertagesheim mit zwei Gruppen und einem 1.463 Quadratmeter großen Spielplatz zu einer Monatsmiete von 524 Schilling zur Verfügung und soll dafür einen Baukostenzuschuß von einer Million Schilling erhalten.

Als Debattenredner beklagte sich GR. Dr. Tuma (DFP), daß die im Akt erwähnte Skizze der Kindergartenräumlichkeiten im Antrag fehlte. Er stellte den Antrag, das Geschäftsstück von der Tagesordnung abzusetzen und erst bei der nächsten Gemeinderatssitzung nach Beifügung der Skizze zu behandeln.

Abstimmung über DFP-Antrag: Abgelehnt mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP.

Abstimmung über den Referentenantrag: Angenommen mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP.

### Bausperre

GR. Hanke (SPÖ) beantragte die zeitlich begrenzte Bausperre für ein Gebiet im 16., 17. und 18. Bezirk zur Verhinderung von Bauvorhaben, die später den U-Bahn-Bau erschweren könnten.

In der Debatte wendete sich GR. Müller (DFP) gegen diese Bausperre mit dem Argument, man könne doch nicht ein großes Gebiet einfach baulich stilllegen, wenn die endgültige Trassenführung noch gar nicht feststehe.

Im Schlußwort erklärte GR. Hanke, gerade der Umstand, daß es im gegenständlichen Antrag nicht um die endgültige Trassenführung gehe, sei von Bedeutung: Durch die Bausperre soll die Möglichkeit eingehender grundsätzlicher Planungsarbeiten geschaffen werden.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

### Hafenbahn

Nächster Punkt war die Erneuerung der Gleisanlagen der städtischen Hafenbahn im Bereich des Hafens Lobau mit Gesamtkosten von zehn Millionen Schilling. GR. Gratzl (SPÖ) begründete den Antrag mit der Abnützung dieser Anlagen, die bereits zu Beschränkungen in der zulässigen Höchstgeschwindigkeit und Höchstbelastung geführt haben.

In der Debatte erklärte GR. Arthold (ÖVP), die Österreichischen Bundesbahnen hätten die Hafenbetriebsgesellschaft seit Jahren auf den schlechten Zustand der Gleisanlagen aufmerksam gemacht, ja sogar bereits die Schadenshaftung nach Unfällen auf dieser Strecke abgelehnt. Die Bundesbahnen befänden sich dabei in einem Dilemma: Einerseits könnten sie es nicht verantworten, durch ein Betriebsverbot auf dieser Strecke die Öl- und Treibstoffversorgung der Bundeshauptstadt lahmzulegen, andererseits könnten sie durchaus in den Verdacht der Leichtfertigkeit geraten, wenn sie den Betrieb weiter gestatteten.

Im Schlußwort bekräftigte GR. Gratzl die Notwendigkeit der Gleiserneuerungen und wies auch auf den Umstand hin, daß der Verkehr auf diesen Anlagen stärker gestiegen sei, als sich habe voraussehen lassen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Wasser

GR. Ing. Nedwed (SPÖ) beantragte Untersuchungen für eine künftige Wassergewinnung auf der Donauinsel und für eine Grundwasseranreicherung in der Unteren Lobau, wofür eine Sachkredit-erhöhung um 13,8 Millionen Schilling erforderlich ist.

GR. Bednar (SPÖ) nahm die Vorlage zum Anlaß, um auf die Leistungen der Stadtverwaltung für die Wasserversorgung der Bevölkerung in den letzten Jahren zu verweisen. Ein extremes Trockenjahr wie 1971 könne man nicht generell zum Anlaß nehmen, der Stadtverwaltung Nachlässigkeit in dieser Frage vorzuwerfen. Bedeutende Vorhaben, wie die Kapazitätserweiterung des Grundwasserwerkes Nußdorf, der Ausbau des Wiental-Wasserwerkes, das Projekt "Siebenquellen" und weitere Quellfassungen, ferner der Baubeginn der 3. Wasserleitung nach rund 20jährigen Bemühungen, sprechen für die Vorsorge der Stadt Wien.

Da der Wasserbedarf ständig steige (Verdoppelung seit 1945), sei ein weiterer Ausbau der Wasserversorgung notwendig: Wasserlieferungen aus dem Oberösterreichischen Raum, aus dem Burgenland, und Grundwasserwerke entlang der Donau bis zum Marchfeld. Es gelte jedoch nicht nur, alle Reserven auszunützen, sondern auch die Wasservorhaben zu schützen. Der Bau der Hauptkläranlage sei daher von großer Bedeutung.

Der Berichterstatter verzichtete auf das Schlußwort.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Gasturbinenkraftwerk

StR. Nekula (SPÖ) beantragte die Errichtung eines Gasturbinenkraftwerkes mit einem Kostenaufwand von 350 Millionen Schilling. Er verwies darauf, daß in den Wiener Stadtwerken ein energiewirtschaftliches Referat eingerichtet und mit der Ausarbeitung eines Energieplanes beauftragt wurde. Mit einem Computer wurde der Energiebedarf für die kommenden 15 Jahre errechnet. Dabei ergaben sich vier Schwerpunkte: Die Abdeckung des Spitzenbedarfs, die Ausfallvorsorge, die Sicherung einer ausreichenden Reserveleistung und der rasche Wiederaufbau der Energieversorgung bei einem Netzausfall.

Zur Bewältigung dieser Probleme bietet sich nun die neueste technische Entwicklung, das Gasturbinenkraftwerk, an. Im Rahmen der Überlegungen über das Energiekonzept wurde auch geprüft, ob es besser sei, von der Verbundgesellschaft Strom zu beziehen. Nach den ab 1. Juni 1972 geltenden Tarifen würden für eine ständige Leistung 636 Schilling je Kilowatt zu bezahlen sein, für eine nicht ständige 1080 Schilling. Für die Deckung des Spitzenbedarfs von 100 Megawatt müßten bei ständiger Abnahme an die Verbund jährlich 63,6 Millionen bezahlt werden, während die Betriebskosten der Gasturbine 28,6 Millionen betragen werden. Die jährliche Einsparung beträgt also 35 Millionen. Dazu kommt, daß die Gasturbine eine Anlaufzeit von nur 9 Minuten hat und sogar ein Schnellstart von 4 Minuten möglich ist. Die Gasturbine muß zur Sicherung der Stromversorgung 1974 einsatzbereit sein. Sie wird mit Erdgas oder extra leichtem Heizöl betrieben werden, ist also umweltfreundlich. Es besteht überdies die Möglichkeit, sie durch Zuschaltung von zwei Abhitzekesseln auch für die Wärmeenergieerzeugung einzusetzen.

GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) bezeichnete den Bau dieses Kraftwerkes als absolut notwendig. Trotzdem bestehe ein gewisses Unbehagen, weil die Einzelheiten des Energiekonzeptes nicht bekannt seien und eine objektive Beurteilung der Entscheidungen daher nicht möglich sei. Die beantragten 350 Millionen betreffen nur die Energieerzeugung, aber nicht die als Möglichkeit aufgezeigte Wärmeenergieerzeugung. Die notwendige Koordination der Energieformen sei von der ÖVP schon seit 1966 verlangt, aber immer wieder abgelehnt worden.

GR. Hirsch (SPÖ) verwies darauf, daß erst seit ganz kurzer Zeit Gasturbinen mit einer Leistung von 100 Megawatt hergestellt werden können. Die Lieferfristen für solche Anlagen sind sehr lang, deshalb ist bei dem Beschluß Eile geboten. Das Energiekonzept bedarf der ständigen Anpassung an die sich ändernden Voraussetzungen. Die Gasturbine ist ein erstes, sehr wichtiges Ergebnis der Bemühungen um die Koordinierung der Energieformen.

StR. Nekula verwies darauf, daß entgegen den bisherigen Annahmen die Verdoppelung des Strombedarfs nicht in zehn, sondern bereits in achteinhalb Jahren eintreten wird. In diesem Zeitraum müssen Investitionen von 15 Milliarden Schilling vorgenommen werden, das Gasturbinenkraftwerk ist ein Teil davon. Die mit ihm verbundene Wärmeerzeugung wird erst aufgenommen werden, wenn die Abnahme der Wärme gesichert ist. Schließlich sind dafür Investitionen von etwa 62 Millionen Schilling nötig.

Abstimmung: Von SPÖ, ÖVP und FPÖ gebilligt.

#### Dringliche Anfrage

GR. Tuma (DFP) begründete die Dringlichkeit einer Anfrage seiner Partei zum Thema Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates. Tuma kritisierte, daß bei dringlichen Anfragen der Minderheitsparteien die SPÖ zwar einen Kontra-Redner ans Rednerpult schicke, den Anfragen jedoch in den meisten Fällen die Dringlichkeit aberkenne. Diese Usance sei zwar durch die Verfassung gedeckt, verletze jedoch das Gesetz der Fairness, weil den Antragstellern keine Möglichkeit bleibe, auf den Redner der Mehrheitsfraktion zu erwidern. Die DFP stelle daher an den Bürgermeister die Anfrage, ob er gewillt sei, diese Usance zu ändern.

Der Antrag auf Zuerkennung der Dringlichkeit der Anfrage wurde vom Gemeinderat gegen die Stimmen der DFP abgelehnt. Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

Die Begründung über die Zuerkennung der Dringlichkeit einer von ihm eingebrachten Anfrage trug anschließend GR. Dr. Wöber (ÖVP) vor. Die Anfrage betraf die Berichterstattung der "Rathaus-Korrespondenz". Wöber betonte, es gehöre zu den selbstverständlichen Pflichten eines amtlichen Nachrichtendienstes, die kommunalen Ereignisse objektiv und wertfrei darzustellen. In letzter Zeit habe es sich jedoch gezeigt, daß die "Rathaus-Korrespondenz" tendenziös und sogar entstellt berichtet. Es soll sogar eine Weisung geben, daß der PID in der Berichterstattung einen Schlüssel entsprechend der Stärke der politischen Parteien berücksichtigen müsse.

So sei bei einer dringlichen Anfrage seiner Fraktion dem ÖVP-Sprecher eine halbe Seite, dem Kontraredner der SPÖ jedoch seien zwei Seiten Platz eingeräumt worden. Die Vorwürfe seiner Fraktion richteten sich nicht gegen die Redakteure des PID, sondern gegen den politischen Druck, dem sie ausgesetzt seien. Seine Fraktion habe aus einem konkreten Anlaß schriftlich gebeten, nicht einseitig und unobjektiv zu berichten und eine Ergänzung zu einem Bericht begehrt. Fazit: Seither wurde über solche Aktionen gar nicht mehr berichtet. Die RK habe über den Verlauf einer Diskussion im Stadtsenat, bei der es um die Rücklagenpolitik des Rathauses gegangen sei, unvollständig und manipuliert berichtet. Und erst in dieser Woche habe die amtliche Nachrichtenagentur nicht über den Vorschlag von Stadtrat Krasser berichtet, der Bürgermeister möge beim zuständigen Minister gegen den Entwurf des Forstgesetzes intervenieren. Aus all dem gehe hervor, fuhr Wöber fort, daß der PID unter dem Druck der sozialistischen Mehrheit stehe. Dies widerspreche ganz eindeutig den Beschlüssen des Villacher Parteitages der SPÖ, in denen ein Bekenntnis zur Pressefreiheit und die Rückweisung jeder Manipulation enthalten sei. Aber in Villach sei es offenbar nur darum gegangen, auf den ORF in dem Sinn Druck auszuüben, daß er eine Hofberichterstattung zu Gunsten der SPÖ vornehme.

Wöber fragte abschließend den Bürgermeister, ob er bereit sei, den Mitarbeitern des PID journalistische Freiheit zu gewährleisten und der Schlüssel in der Berichterstattung wieder aufgehoben werde (Slavik: "Den gibt es nicht.>"). "Geben Sie Gedankenfreiheit und respektieren Sie die demokratischen Spielregeln", schloß Wöber seine Ausführungen.

Als Kontraredner führte GR. Schreiner (SPÖ) aus, daß selbstverständlich der Anspruch auf Information ein legitimer sei. Denn die Bürger sollten die Möglichkeit haben, sich über die Vorgänge selbst ein Bild zu machen. Die Voraussetzung für diese Information sei freilich der Ausgawert. Es gehöre nicht zu den Verpflichtungen des PID, etwa über jeden Zwischenruf zu berichten, weil ja nicht jeder Beitrag eines Redners von einem beachtlichen Informationswert sei. Die "Rathaus-Korrespondenz" bemühe sich jedenfalls redlich, ihrer Informationspflicht nachzukommen.

Die Unterstellung der ÖVP, es gäbe Weisungen über die Form der Berichterstattung, und es würde darauf Einfluß genommen, sei falsch und unrichtig. Er habe die Berichterstattung der "Rathaus-Korrespondenz" über die letzte Budgetdebatte unter die Lupe genommen, fuhr Schreiner fort und beispielsweise festgestellt, daß dem Redner der ÖVP in der Generaldebatte 50 und dem der SPÖ 42 Zeilen gewidmet worden seien. Was das Beispiel von Stadtrat Krasser angehe, so habe er den Eindruck, die ÖVP bemühe sich immer, einen schon abgefahrenen Zug noch zu erreichen, erklärte Schreiner: Denn der Entwurf des Forstgesetzes sei vom Wiener Bürgermeister bereits beeinsprucht gewesen, als Stadtrat Krasser dieses Problem im Stadtsenat zur Sprache brachte. Dieser Aktion im nachhinein sei daher kein hoher Aussagewert zugekommen. Er würde sich zudem freuen, würden die Massenmedien mehr als bisher die Fundgrube "Rathaus-Korrespondenz" benützen. Seine Fraktion werde selbstverständlich die Dringlichkeit der Anfrage ablehnen.

Abstimmung: Mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und DFP blieb die Dringlichkeit in der Minderheit.

#### Dringliche FPÖ-Anfrage

Die dringliche FPÖ-Anfrage wurde deswegen als letzter Tagesordnungspunkt behandelt, weil der Antragsteller, Prof. Wolfram, wegen eines Rundfunkinterviews den Termin versäumt hatte. Sie bezog sich auf einen metallverarbeitenden Betrieb in der Siedlung Per Albin Hansson-Ost. Prof. Wolfram begründete die Dringlichkeit damit, daß der Standort dieses Betriebes einen eklatanten Verstoß gegen den Umweltschutz bedeute. Er zitierte Zeitungsmeldungen, die von einem Planungsskandal sprachen und einen Rathaussprecher, der die Verlegung dieser Firma in dieses Areal als Murkserei bezeichnet hatte.

GR. Deutsch (SPÖ) stellte als Kontraredner fest, daß der Artikel in einer Tageszeitung als Begründung für die Dringlichkeit dieser Anfrage nicht ausreiche. Von einer Lärmbelästigung der Bewohner in diesem Gebiet durch den Betrieb könne nicht die Rede sein. Bezirksvorsteher Fueck, der selbst in dieser

Siedlung wohne, könne als Zeuge dafür dienen. Im übrigen sei bei der Wahl des Betriebsstandortes auch die Erhaltung von Arbeitsplätzen im Vordergrund gestanden. Im Interesse der Bewohner des 10. Bezirkes und im Interesse der Firma selbst sei es natürlich, daß dieses Unternehmen in Favoriten geblieben ist. Der Betrieb ist seit 60 Jahren in Favoriten ansässig. Die Dringlichkeit der Anfrage sei nicht gegeben.

Abstimmung: Antrag auf Verlesung und Besprechung abgelehnt, Beantwortung erfolgt schriftlich.

(Ende des Sitzungsberichtes)

Linzer Kindergärtnerinnen besuchten Wiener Kindertagesheime

Wien, 28. 4. (RK) Einrichtungen städtischer Kindertagesheime standen auf dem Besichtigungsprogramm einer Gruppe von Linzer Sozialpädagogen und Kindergärtnerinnen, die Freitag von Wohlfahrtsstadtrat Maria **J a c o b i** im Rathaus empfangen wurde. Die Gäste aus Linz informierten sich dabei über die pädagogischen Möglichkeiten und Sozialeinrichtungen in den städtischen Kindertagesheimen.

+++

## neue prater-attraktion

22 wien, 28.4. (rk) der wiener wurstelprater ist um eine attraktion reicher geworden: ab morgen, samstag, wird die sogenannte stahl-achter-bahn ihren betrieb aufnehmen. die neue attraktion, die sich in unmittelbarer naehe des riesenrades befindet, ist die erste bahn dieser art in oesterreich und wurde von einer muenchner firma in der rekordbauzeit von nur einer woche errichtet. sie faehrt bis zu 100 stundenkilometer und kann bis zu 1.000 personen auf der 585 meter langen schienenstrecke befördern. fuer die sicherheit der fuer jeweils sechs personen bestimmten fahrzeuge sorgen hydraulische bremsen.

1543

## preisguenstige gemuese- und obstsorten

5 wien, 28.4. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: radieschen 3 bis 3.50 schilling je bund, neu**s**iedler salat 2.50 schilling, glashaussalat 3 bis 4 schilling je stueck, kraut 3 schilling, fruehkartoffel 5 bis 7 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 schilling, birnen (qualitaetsklasse 1) 6 bis 7 schilling, bananen 7 schilling, orangen, israel. 6 bis 6.50 schilling je kilogramm.

1045

ausstellung 'musikalische graphik' im kulturamt eroeffnet

23 wien, 28.4. (rk) vom 2. mai bis 2. juni findet im ausstellungsraum des kulturamtes (montag bis freitag von 10 bis 16 uhr) die ausstellung von rund 50 exponaten des arbeitskreises 'musikalische graphik' statt. vizebuengermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r eroeffnete freitag nachmittag die schau und betonte dabei, dass die ausstellungen des kulturamtes im kulturellen leben wiens immer mehr beachtung finden. danach sprachen professor b e r t a e r n s t und dr. h a n s s u e n d e r m a n n , die ebenfalls bilder zeigen, einleitende worte. die dargestellten musikbeispiele koennen von einem tonband abgehoeert werden. montag, mittwoch und freitag um 15 uhr finden jeweils fuehrungen durch die ausstellung, die von obermagistratsrat dr. r o b e r t w a i s s e n b e r g e r zusammengestellt wurde, statt.

1710